

Suchbegriff


 Einleitung Vision Weg Wirtschaft Philosophie **Lokales** Organisationen Was jeder tun kann


"Reformen"

Sozialversicherungen
 Steuergesetzgebung
 Wirtschaftsführung
 Betriebliche Mitbestimmung
 Vermögensverteilung

"Reformen"

Auf dieser Seite werden Punkte angesprochen, die spezifisch für Deutschland sind, und sich nicht verallgemeinern lassen. Wie auch auf den anderen Seiten glaube ich nicht, die Lösungen für alle Probleme zu haben, sondern versuche Probleme aufzuzeigen und Lösungswege zu bündeln und in Zusammenhang zu bringen.

Die deutsche Spezialisierung der marktradikalen "Reformen" ist am stärksten assoziiert mit den Hartz-Gesetzen. Und obwohl es meiner Meinung nach tatsächlich notwendig war, die Arbeitsvermittlung zu reformieren, da bei den Arbeitsämtern die Arbeitslosen mehr verwaltet als vermittelt wurden, gehen die Hartz-Gesetze in ihren [Auswirkungen zu weit](#). Es gibt sogar Stimmen, die sie für [Grundgesetz-widrig](#) halten.

Dass die Hartz-Gesetze nur die deutsche Implementierung der **Lissabon-Strategie der EU** sind, und in allen anderen Ländern der Europäischen Union nach dem gleichen Denkmuster verfahren wird, wissen die wenigsten "normalen" Menschen.

Damit will ich aber nicht die Verantwortung dafür auf die EU schieben, denn deutsche Politiker waren maßgeblich an der Entwicklung beteiligt, und es war zu großen Teilen eine Stiftung aus Deutschland, die die Strategie entwickelt und beworben hat:

Die [Bertelsmann-Stiftung](#) mit Sitz in Gütersloh, Hauptbesitzer eines der größten Medienkonzerne der Welt, und laut eigenem Auftrag bestrebt, Staaten so umzugestalten, dass sie wie Unternehmen handeln und geführt werden.

Diese offiziell wegen ihrer Bildungsarbeit als [gemeinnützig anerkannte Stiftung](#) maßt sich an, Bewertungskriterien für die Qualität von Politik aufzustellen. Dabei gilt es, das Ziel der Stiftung zu erreichen: Je unternehmensähnlicher ein Land regiert wird, um so höher der Index. Je höher der Privatisierungsgrad ist, um so besser. Dafür wurde der [Bertelsmann Transformation Index \(BTI\)](#) entwickelt. Das innenpolitische Gegenstück ist der [Bertelsmann Reform Index \(BRI\)](#). Je mehr marktradikale Reformen, um so höher der Index. Die Ziele der Reformen, werden natürlich, wie bei der Agenda 2010, von der Stiftung bestimmt.

Ist es da tatsächlich nur Zufall, dass zum Bertelsmann-Konzern auch der **Unternehmensteil Arvato** gehört, der als **Dienstleister Verwaltungsaufgaben von Kommunen** übernimmt?

Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben, auf die die Bertelsmann-Stiftung EU-weit drängt, hat die Arbeit von Arvato überhaupt erst ermöglicht. Arvato hat in Großbritannien die Verwaltung einer gesamten Kommune übernommen, und ist mittlerweile der profitabelste Bereich des Bertelsmann-Konzerns.

Der Bertelsmann Transformation Index (BTI), der angeblich einen Messwert dafür angibt, wie weit sich ein Staat auf dem Weg zu einer "modernen" Gesellschaft befindet, bewertet unter anderem diejenigen Staaten besser, die ihre Verwaltungen (teil-)privatisieren, und damit die Profitmöglichkeiten für Arvato verbessern.



Es gibt auch [eine ganze Reihe Hinweise](#) darauf, dass die Branche der Versicherungen nicht unbeteiligt daran war, die [gesetzliche Rentenversicherung schlecht zu reden](#). 80 Millionen Menschen, die meinen eine private (Zusatz-)Versicherung abschließen zu müssen, ergeben schon einen Gewinn, für den man etwas nachhelfen könnte.

Auch bei der Privatisierung von Krankenhäusern, der Bahn, Wasserversorgung oder anderer öffentlicher Institutionen lassen sich gewaltige Gewinne erzielen, besonders wenn man bei entscheidenden Personen der Exekutive durch massiven Lobbyismus nachhilft.

Letzte Anpassung: 2010-09-26

Select Language

Powered by [Google™ Translate](#)



- Einleitung
- Vision
- Weg
- Wirtschaft
- Philosophie
- Lokales**
- Organisationen
- Was jeder tun kann



"Reformen"

Sozialversicherungen

- Steuergesetzgebung
- Wirtschaftsführung
- Betriebliche Mitbestimmung
- Vermögensverteilung

Sozialversicherungen

Die Rentenversicherung ist nicht in der Lage mit der abnehmenden Geburtenrate bei einseitiger Belastung der abnehmenden Zahl der Festangestellten fertig zu werden. Der ursprüngliche Plan für eine Rentenversicherung nach dem Umlageverfahren von Prof. Wilfried Schreiber sah eine **Beteiligung aller Einkommen** vor, auch von Selbständigen und Freiberuflern. Außerdem sollte die arbeitende Generation zwar für die alte Generation zahlen, aber auch Geld für die nächste Generation (Kinder) bekommen. (Spiegel12/2004 S. 52 ff "Der deutsche Irrweg")

Dieser ursprüngliche Schreiber-Plan könnte ein sicheres Modell für die Zukunft sein.

Genau wie die Bürgerversicherung für alle Einkommensarten die Krankenversicherung sinnvoll reformieren könnte.

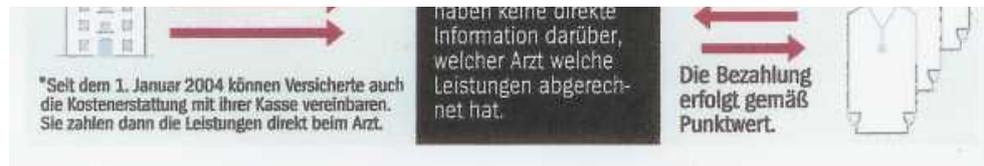
Dabei macht es theoretisch keinen großen Unterschied, ob es eine Bürgerversicherung oder eine Kopfpauschale wird, wenn bei der Kopfpauschale ein zusätzlicher sozialer Ausgleich über die Steuer stattfindet. Denn bei der Steuer werden ja (theoretisch) auch alle Einkommensarten berücksichtigt. Die Kopfpauschale würde sogar sinnvollerweise die Krankenversicherung von den Löhnen entkoppeln. Allerdings befürchte ich, dass bei dieser Lösung vor der Realisierung etliche Interessengruppen über die Höhe der Steuererhöhung klagen werden, und damit einen gerechten Ausgleich verhindern. Der beschlossene **Gesundheitsfonds** scheint eher die **Nachteile beider Systeme** in sich zu vereinen, als die Vorteile.

Eine **sinnvolle Kombination** wäre eine Grundversicherung für alle, und private Krankenversicherungen für Zusatzleistungen wie Einbettzimmer oder Chefarztbehandlung. Welche Leistungen genau zur Grundversorgung gehören, und was Luxus ist, darüber lässt sich natürlich noch lange streiten.

Mehr zu den deutschen Systemen für soziale Sicherung findet ihr auf sozialesicherung.de.

Wichtiger als die Methode zum Eintreiben der Beiträge wäre aber eine Änderung des medizinischen Systems, vor allem eine **Entmachtung der Kassenärztlichen Vereinigungen**. Dieser Verband leitet die Arztrechnungen anonymisiert an die Krankenkassen weiter. Das ist aus Datenschutzgründen sinnvoll, die Gesellschafter der Kassenärztlichen Vereinigung schustern sich aber horrend Gehälter zu und verhindern die Verfolgung von betrügerischen Ärzten. Dabei sollten auch alle ehrlichen Ärzte, die hoffentlich die Mehrheit bilden, ein Interesse daran haben, die schwarzen Schafe aufzudecken.





In der ursprünglichen Agenda 2010 von Bundeskanzler Schröder war auch der Punkt enthalten, dass die Krankenkassen direkt Verträge mit Ärzten schließen können. Sie könnten dann auch Ärzten, denen Abrechnungsbetrug nachgewiesen wurde, den Vertrag kündigen. Dieser Punkt ist aber bei der Realisierung wieder 'vergessen' worden. Genauso wie bei jeder Gesundheitsreform der letzten Jahrzehnte, egal ob von schwarz-gelb oder rot-grün veranlasst, eine Whitelist für Medikamente gefordert wurde, damit die Pharmafirmen nicht mehr alte Medikamente mit nur leicht geänderter Zusammensetzung immer wieder von Neuem auf den Markt bringen und durch geschicktes Marketing teuer verkaufen können. Auch diese Forderung wurde aber nie realisiert, wahrscheinlich weil die **Lobbyverbände der Arzneimittelhersteller und Ärzte** zuviel Einfluss auf die Politik ausgeübt haben.

Auch darum ist es wichtig, [durch gemeinnützige Vereine einen Gegendruck aufzubauen](#), damit nicht nur die Interessen der Wirtschaftsverbände, sondern auch die der anderen Bürger, der Zivilgesellschaft, wieder mehr Einfluss auf politische Entscheidungen bekommen.

Allgemein ist es nicht ersichtlich, warum es eine Obergrenze für das zu berücksichtigende Einkommen bei Kranken- und Sozialversicherungen geben muss. Anstatt eine Vermögenssteuer einzuführen, könnte man auch diese **Obergrenze entfernen**, damit alle Einkommen für alle Leitungen berücksichtigt werden können.

Verstärkte Besteuerung der hohen Einkommen wird aber dadurch erschwert, dass die Politiker, die darüber bestimmen, alle hohe Einkommen beziehen. Sie müssten sich also selbst schaden. Dazu sind sicher nur die Wenigsten bereit.

Politiker sollten eigentlich Repräsentanten der gesamten Bevölkerung sein. Durch ihre Bezüge gehören sie aber alle der höheren Einkommenschicht an.

Diese Bezahlung ist allerdings auch deswegen notwendig, um sie resistenter gegenüber Bestechungsversuchen zu machen (auch wenn die meisten Menschen scheinbar nie genug haben können).

Letzte Anpassung: 2010-09-26

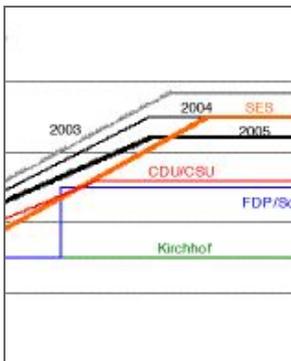
Select Language

Powered by [Google™ Translate](#)

Suchbegriff



Einleitung Vision Weg Wirtschaft Philosophie **Lokales** Organisationen Was jeder tun kann



"Reformen"

Sozialversicherungen

Steuergesetzgebung

Wirtschaftsführung

Betriebliche Mitbestimmung

Vermögensverteilung

Steuergesetzgebung

Dass die **Steuergesetzgebung** in Deutschland sich über die Jahre zu einem Wust aufgebläht hat, bei dem niemand mehr durchblickt, ist kein Geheimnis. Von allen politischen Richtungen gibt es auch Vorschläge zu Steuerreformen, die mal mehr, mal weniger Privilegien abbauen, den Spitzensteuersatz mal mehr, mal weniger senken und den Anstieg in mehr oder weniger Stufen realisieren wollen. Keines dieser Konzepte will aber etwas daran ändern, dass in den letzten 30 Jahren die Besteuerung der Löhne immer weiter gestiegen, und die Besteuerung der Vermögensgewinne immer weiter gesenkt wurden. Und das hauptsächlich, weil es eben einfacher war die regelmäßigen Löhne abzugreifen, als die Kapitaleinkünfte zu überwachen. Und jetzt klagen alle über die hohen Lohnnebenkosten.

Prinzipien für Besteuerung

Das deutsche Steuerrecht dürfte das komplizierteste auf der Welt sein. Der Versuch, es in allen Details gerecht zu gestalten, hat es so kompliziert und verwirrend werden lassen, dass selbst Experten es nicht mehr komplett überblicken können, von den "normalen" Menschen, die ihre Steuererklärung machen müssen, ganz zu schweigen.

Die Lösung kann aber nicht sein, es so einfach wie möglich zu gestalten (damit die Steuererklärung auf einen Bierdeckel passt), dabei aber jeden Wunsch nach Gerechtigkeit fallen zu lassen.

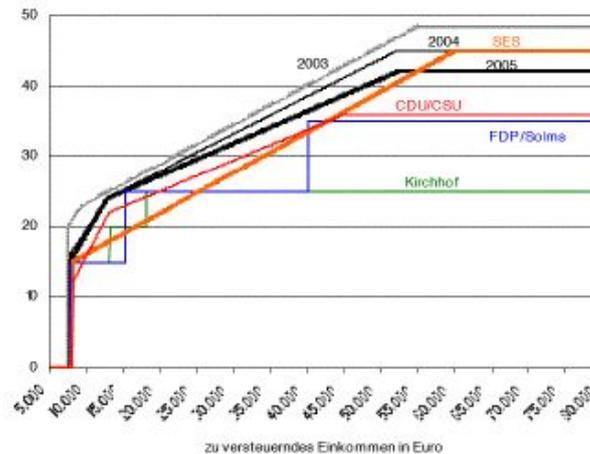
Denn wer das Steuersystem als ungerecht empfindet, versucht auch alles, um seine Steuern nicht zu zahlen.

Zwar gibt es Teile der Bevölkerung, die ihre Steuer immer versuchen werden zu vermeiden, und andere, die sie immer zahlen, die Mehrheit der Menschen wird ihre Steuern aber nur dann relativ ehrlich zahlen, wenn sie das Gefühl hat, dass die Steuern gerecht sind und sinnvoll verwendet werden.

Es muss also eine sinnvolle Balance aus Einfachheit und Gerechtigkeit gefunden werden, so dass das Steuersystem nicht jede Kleinigkeit regelt, sondern nur Prinzipien der Umverteilung festlegt, die die Mehrheit der Menschen als gerecht empfindet. Ohne Ausgleichsregelungen, die mehr Verwaltungsaufwand erzeugen, als sie nutzen.

Konkreter Vorschlag

Abbildung: Tarifliche Grenzsteuersätze verschiedener Steuerkonzepte
in %
(Grundtabelle)



Die globalisierungskritische Bürgerorganisation Attac und die Gewerkschaft ver.di haben ein eigenes Konzept für eine radikale Steuerreform ausgearbeitet, das sie [Solidarische Einfachsteuer](#) nennen. Bei diesem Konzept sollen **Arbeit und Kapitalgewinne wieder gleich besteuert** werden, alle Ausnahmeregelungen und **Steuerschlupflöcher entfernt** werden, und stattdessen allgemein die Steuersätze sinken, wobei der Spitzensteuersatz auf dem heutigen Niveau bleibt, aber erst bei 60 000 Euro Jahresgehalt anfängt. Vor allem die niedrigen Einkommen werden bei diesem Konzept entlastet, was zu einer Steigerung der Kaufkraft führt.

Um dieses Steuerkonzept bekannt zu machen, sammelt Attac Spenden, um Zeitungsanzeigen zu schalten. Jeder der gerne möchte, dass dieses Konzept eine Chance bekommt, sollte sich daran [beteiligen](#).

Letzte Anpassung: 2008-08-20

Select Language

Powered by [Google™ Translate](#)



[Einleitung](#)
[Vision](#)
[Weg](#)
[Wirtschaft](#)
[Philosophie](#)
[Lokales](#)
[Organisationen](#)
[Was jeder tun kann](#)



"Reformen"

Sozialversicherungen

Steuergesetzgebung

Wirtschaftsführung

Betriebliche Mitbestimmung

Vermögensverteilung

Wirtschaftsführung

Entklüngelung der Aufsichtsräte der großen deutschen Firmen:

- ▶ Zahl der Mandate auf 3 beschränken
- ▶ Aufsichtsräte sollten für Fehler mit ihrem Vermögen haften
- ▶ CEO darf nicht Aufsichtsratschef seiner Firma werden
- ▶ Vertreter verschiedener Firmen dürfen sich nicht gegenseitig kontrollieren

(aus manager magazin 4/04)

In Deutschland sind aber auch die Gewerkschaften zu so großen bürokratischen Gebilden gewachsen, dass sie mehr damit beschäftigt sind sich selbst zu verwalten, als ihre Aufgaben zu erfüllen. Wie kann eine Gewerkschaft wie die IG-Metall sowohl die Interessen der Fließbandarbeiter als auch der hochqualifizierten Elektroingenieure vertreten? Deren Interessen sind völlig unterschiedlich. Bei den Gewerkschaften hat sich genauso eine Entwicklung zur Monopolisierung gezeigt wie bei den Industrieverbänden. Bei der Vergabe von Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose verhalten sich die Schulungszentren der Gewerkschaften auch nicht anders als die der Arbeitgeberverbände.

Darum müssten die Gewerkschaften auch wieder aufgespalten werden und sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren, die Vertretung und Unterstützung von Arbeitnehmergruppen mit gleichen Interessen. Natürlich müssen sich die unterschiedlichen Gewerkschaften dabei aber auch abstimmen können.

Letzte Anpassung: 2008-10-05

Select Language

Powered by [Google™ Translate](#)



[Einleitung](#)
[Vision](#)
[Weg](#)
[Wirtschaft](#)
[Philosophie](#)
[Lokales](#)
[Organisationen](#)
[Was jeder tun kann](#)



"Reformen"

Sozialversicherungen

Steuergesetzgebung

Wirtschaftsführung

**Betriebliche
Mitbestimmung**

Vermögensverteilung

Betriebliche Mitbestimmung

In Deutschland haben wir in Aktiengesellschaften das fortschrittliche Konzept der paritätischen Besetzung von Aufsichtsräten, das heißt, eine Hälfte des Aufsichtsrats wird von Aktionärsvertretern, und die andere Hälfte von Mitarbeitervertretern gestellt.

Wenn ein Management ein hohes Risiko eingeht, werden von den Folgen sowohl die Geldgeber als auch die Arbeitskraftgeber betroffen sein. Darum ist es nur fair, dass beide mitentscheiden, ob das Risiko eingegangen werden soll.

Aber warum entscheiden nur wenige Betriebsräte über wichtige Entscheidungen, und nicht die ganze Belegschaft?

Bestechungsversuche der Arbeitnehmervertreter gab es zuhauf. Diese könnten dadurch vermieden werden, dass sie sich bei wichtigen Entscheidungen wie Aufkäufen, Fusionen oder Auslagerungen für ihre Stimme einer demokratischen Entscheidung der gesamten Belegschaft unterwerfen müssen.

Selbstverständlich können Befürworter und Kritiker ihre Gründe allen Mitarbeitern erklären.

Pseudo-Gewerkschaften wie die AUB bei Siemens allerdings, die von den Arbeitgebern bezahlt werden, um die Mitbestimmung zu unterlaufen, müssen aufgedeckt und verboten werden.

Letzte Anpassung: 2008-10-05

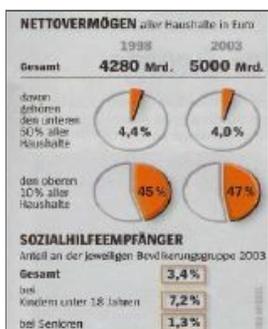
Select Language

Powered by Google Translate

Suchbegriff



- Einleitung
- Vision
- Weg
- Wirtschaft
- Philosophie
- Lokales**
- Organisationen
- Was jeder tun kann



Vermögensverteilung

Deutschland hat nach dem Forbes-Bericht **weltweit die zweitgrößte Anzahl an Milliardenären** (gleich nach den USA). (Quelle: Interview mit Haim Saban in SPIEGEL 19/3.5.04)

0,5 % der Bevölkerung, also etwa 400.000 Menschen in Deutschland, besitzen ein Viertel des Gesamtvermögens. Auf der anderen Seite hat jeder zweite Deutsche (ca. 40.000.000 Menschen) ein negatives Vermögen, ist also verschuldet. (Quelle: Merill Lynch / Ernst&Young - German Wealth Report 2000 S.4f)

- "Reformen"
- Sozialversicherungen
- Steuergesetzgebung
- Wirtschaftsführung
- Betriebliche Mitbestimmung
- Vermögensverteilung**



Das Geld ist also vorhanden, es ist nur schlecht verteilt und unproduktiv (zum größten Teil auf Konten in Steueroasen).

Viele weitere Zahlen und Fakten gibt es in der [Präsentation](#) (PDF 4,2 MB) von Claus Tscherning von Attac.

Die Webseite "[Deutschland&Globalisierung](#)" von Joachim Jahnke (zuletzt Vorstandsmitglied und Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London) bietet [viele weitere statistische Werte](#), unter anderem Vergleiche mit [Großbritannien](#) und den [skandinavischen Ländern](#).

Letzte Anpassung: 2008-06-16